

Regierungsratsbeschluss

vom 10. August 2010

Nr. 2010/1418

KR.Nr. I 097/2010 (FD)

Interpellation Fraktion CVP/EVP/glp: Linux-Strategie am Ende? (23.06.2010); Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Im Zusammenhang mit dem Abgang vom AIO-Chef, Kurt Bader, bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie gross ist die Abgangsentschädigung?
2. Welche Kündigungsfristen kennt man bei Kader, in Stellung von Kurt Bader?
3. Gibt es bei der Übergabe der Arbeiten/Aufgaben an den neuen Leiter a.i. ein Übergabeprotokoll mit Pendenzenliste?
4. Wie übernimmt der Regierungsrat, in diesem Fall der Finanzdirektor, die politische Verantwortung?
5. Sind die Mitarbeitenden ordentlich informiert worden und wie?
6. PRO-LINUX.DE: Angeblich hat die Äusserung (8. Juni 2010 – 18.00 Uhr) von Kurt Bader auf der Pro-Linux-Internetseite mit zur Trennung geführt. Was hat seinerzeit die Regierung unternommen, als ihr bekannt wurde, dass sich etliche Mitarbeitende anonym über diese Seite äusserten? Hatte Kurt Bader Kontakt mit dem Betreiber der PRO-LINUX-Internetseite?
7. Welche Kosten sind für den Expertenbericht (läuft noch) aufgetreten? Welche kommen noch dazu?
8. Welche Kosten, die als Einsparungen immer wieder aufgezeigt wurden, sind nun doch nicht eingespart?
9. Wieso wurden viele RR-Beschlüsse in Sachen Umsetzung Linux nicht umgesetzt? Wer war zuständig für die Umsetzung?
10. Welche Rolle spielten in den einzelnen Departementen die Regierungsräte, die Amtchefs und die Controller in der Umsetzung?
11. Welche Rolle spielten in den einzelnen Departementen die IT-Verantwortlichen?
12. Wieso konnten das Gericht und die Polizei sich durchsetzen? Wer hat diese Bereiche in der Auswahl der Betriebssoftware unterstützt?
13. Der Scalix-Webmailclient sorgte punkto Funktionalität von Anfang an für grosse Probleme und damit für riesigen Unmut bei den Mitarbeitern. Endlich wurde entschieden, dass Scalix wieder durch Outlook ersetzt werden soll. Bis wann kann mit dieser Umstellung gerechnet werden? Was für Kosten entstehen dadurch?
14. Die Geschäftskontrolle Konsul soll durch Ambassador ersetzt werden. Die Umstellung wurde schon mehrmals verschoben, weil Ambassador nicht „läuft“ und dadurch riesige Probleme entstehen würden. Der Produktivtermin wurde neu auf den 1.1.2011 festgelegt. Will man tatsächlich das Risiko eingehen und Konsul durch Ambassador ersetzen? Sollte nicht besser davon Abstand genommen und auf dem bisher bewährten System weitergearbeitet werden?
15. Die Gerichte können vorläufig nicht auf Linux umgestellt werden – im Gegenteil – sie werden mit der neusten Software von Microsoft ausgerüstet. Was für Kosten entstehen dadurch? Macht eine spätere Umstellung auf Linux überhaupt noch Sinn?
16. Laut Aussage von Finanzdirektor Christian Wanner im OT vom 18. Juni 2010 fallen die Kosteneinsparungen mit Linux tiefer als erwartet aus. Wie viel kann nun tatsächlich mit Linux im Vergleich zu Microsoft eingespart werden?

17. Ist es denkbar, dass man sich völlig von Linux verabschiedet?
18. Falls weiterhin an Linux festgehalten wird: Wie sieht die externe Expertise das künftige Verhältnis zwischen Linux / Microsoft?
19. Windows-Desktop: Ist es richtig, dass einzelne Mitarbeitende künftig mit zwei Desktops (Windows und Linux) arbeiten müssen, weil nicht alle Programme auf Linux umgeschrieben werden können? Ist die Wirtschaftlichkeit eines solchen Vorgehens geprüft worden? Wie sieht es mit den Schulungen für Mitarbeitende aus? Unseres Wissens werden im Moment nur Schulungen für OpenOffice-Produkte durch das AIO angeboten. Was ist mit den Mitarbeitenden, deren Plattform auf eine neue Windows-Umgebung umgestellt wird? Wie sieht es aus mit dem Support für Mitarbeitende mit der neuen Windows-Umgebung - verfügt das AIO über genügend Know-how für die neuen Office 2007 Anwendungen?
20. Allgemein: Welche Amtsstellen sind bereits vollständig auf Linux umgestellt und wie wird damit gearbeitet?

2. Begründung

Der schnelle Abgang vom AIO-Chef, Herr Kurt Bader, sowie die sehr schnelle Wendung in der Strategie Linux hat viele Fragen aufgeworfen. Viele Fragen und Eingaben vom Parlament, aber auch Äusserungen von Mitarbeitenden wurden über Jahre elegant übergangen. Im Übrigen ergibt sich die Begründung aus den Fragen.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Zu Frage 1

Es wurde keine Abgangsentschädigung vereinbart oder ausgerichtet.

3.2 Zu Frage 2

Nach § 41 Absatz 2 GAV beträgt die Frist für die Kündigung des Anstellungsverhältnisses nach Ablauf der Probezeit beidseitig drei Monate. Nach Absatz 5 des zitierten Artikels kann eine längere Kündigungsfrist vereinbart werden. Sie darf sechs Monate nicht übersteigen. Seit Inkrafttreten des GAV werden in der Regel auf Stufe Amtsleitung jeweils sechsmonatige Kündigungsfristen vereinbart.

3.3 Zu Frage 3

Ja.

3.4 Zu Frage 4

Der Finanzdirektor übernimmt die Verantwortung, indem das Gutachten auf seine Initiative in Auftrag gegeben wurde, die Expertentätigkeit und Umsetzung derer Empfehlungen eng seitens des Departementes begleitet werden und die wichtigen Weichenstellungen für die weitere Umsetzung der IT-Strategie auf Departementsstufe mitentschieden werden.

3.5 Zu Frage 5

Die Mitarbeitenden sind durch den Finanzdirektor und den scheidenden Amtschef gemeinsam vor Ort unmittelbar nach der vereinbarten Trennung informiert worden.

3.6 Zu Frage 6

Die Äusserungen von Kurt Bader auf PRO-LINUX.DE haben mit zum Entscheid zur Trennung geführt.

Der Regierungsrat hatte Kenntnis von den anonymen Äusserungen, jedoch nicht davon, dass die Pro-Linux-Internetseite auch auf der Plattform thematisiert wurde. Da die Äusserungen anonym erfolgten, wurden keine Massnahmen ergriffen.

Kurt Bader wurde die Frage nicht gestellt, ob er Kontakt mit dem Betreiber der PRO-LINUX-Internetseite hatte. Wir gehen aber davon aus, dass dies der Fall war, weil seine Äusserungen auf der erwähnten Seite publiziert wurden.

3.7 Zu Frage 7

Für den Expertenbericht steht ein Kostendach von 300'000 Franken zur Verfügung. In der ersten Phase wurde die neue Informatiklösung der Gerichte begutachtet (Juris). Der zweite Bericht umfasste die Beurteilung der Umsetzung der Informatikstrategie mit konkret folgenden Themen: Projektstand Ambassador, Migration Linux-Desktop, offene Kundenanforderungen wie Arbeitsplatzausrüstung und Bürokommunikation, Umstellung Fachanwendungen, Notfallszenarien und Dienstleistungen sowie Projektmanagement AIO. In der dritten und letzten Phase werden folgende Fragenstellungen überprüft: Werden die sicherheitstechnischen Anforderungen gemäss allgemeinen Standards erfüllt, wie ist die Zusammenarbeit zwischen AIO und Dienststellen optimaler zu gestalten, wie ist das Dienstleistungsangebot des AO besser auf die Bedürfnisse der Nutzer auszurichten und mit welchen zusätzlichen Kosten ist für die Anpassung des Umsetzungsvorgehens zu rechnen. Zudem wird die Aufbau- und Ablauforganisation des AIO überprüft. Wir gehen davon aus, dass das erwähnte Kostendach für die Beantwortung aller Fragen nicht überschritten wird.

Einer der Experten wird für eine Übergangsphase der interimistischen Amtsleitung bei der operativen Umsetzung der Empfehlungen zur Verfügung stehen und gleichzeitig aus dem Gutachterteam ausscheiden. Für die Selektion der neuen Amtsleitung muss ebenfalls externes Fachwissen beigezogen werden. Für diese Beratungsarbeiten werden zusätzliche Kosten anfallen, welche aber im Zeitpunkt der Beantwortung der vorliegenden Fragen noch nicht definiert sind.

3.8 Zu Frage 8

Die Gutachter erachten die bisher erwähnten Einsparungen von 1 Mio. bis 1,5 Mio. Franken jährlich als plausibel. Ein Teil dieser Einsparungen ist darauf zurückzuführen, dass die Microsoft Produktpalette in den letzten Jahren nicht mehr modernisiert wurde. Die Kosten für Upgrades von Microsoft Anwendungen werden teilweise in Zukunft entgegen der bisherigen Annahme anfallen, da die Gutachter mittelfristig empfehlen, eine duale Strategie weiter zu führen (mittelfristiger Einsatz von OpenSource - ergänzt durch Microsoft-Produkte).

3.9 Zu Frage 9, 10 und 11

Es ist uns nicht bekannt, dass viele Beschlüsse des Regierungsrates zu Linux nicht umgesetzt wurden. Mit Beschluss Nr. 2006/1627 vom 5. September 2006 wurde dem Projekt Linux-Desktop zugestimmt und das AIO als Pilotdienststelle für den Aufbau des Linux-Desktop bezeichnet. Vorgesehen wurde eine sanfte schrittweise Migration der übrigen Dienststellen, wobei die Initiative zur Festlegung des Zeitpunktes für die Umstellung im Wesentlichen bei den Dienststellen lag. Die Rollen der Departementsvorsteher und -vorsteherin, der Amtsleitung der Controlling- und IT-Verantwortlichen ergibt sich in diesem Kontext aus ihrer Linienfunktion. Für die Umstellungsarbeiten ist das AIO verantwortlich.

3.10 Zu Frage 12

Die gewählten Lösungen bei den Gerichten und der Polizei ist nicht eine Folge der Durchsetzungskraft dieser Dienststellen, sondern basiert auf folgenden technischen Fakten:

Die Gerichte verfügen über eine zentrale Fachanwendung Juris. Diese ist Microsoft basiert und integriert die Office-Elemente von Microsoft inklusive Outlook eng in die Standardanwendung. Eine linuxtaugliche Version von Juris (genannt Jala) wird entgegen den Erwartungen nicht 2011, sondern frühestens 2013 erwartet. Per 1. Januar 2011 werden die neuen Strafprozess- und Zivilprozessordnungen (StPO und ZPO) in Kraft treten. Dies erfordert zwingend die Einführung einer neuen JURIS-Version, die jedoch noch nicht „LINUX-tauglich“ ist. Demzufolge wurde den Gerichten die Nutzung der Microsoft basierten Standardanwendung Juris bis zur Verfügbarkeit von Jala zugestanden.

Bei der KAPO ist die IT-Strategie und somit die Umstellung auf offene Systeme umsetzbar und beschlossen. Für die Umsetzung besteht eine Umsetzungsplanung für die Jahre 2010 bis 2014. Für die polizeispezifischen Anwendungen wurden durch den Regierungsrat insgesamt sechs spezifische Ausnahmen beschlossen. Die Ausnahmen berücksichtigen die speziellen Anforderungen der KAPO an die IT, die sich von den übrigen Dienststellen der Verwaltung unterscheiden. Die KAPO benötigt in ihren Kernbereichen einerseits eine hohe Verfügbarkeit der Informatikausrüstung, über 7 x 24 Stunden. Andererseits setzt sie spezifische Standardapplikationen ein, die Microsoft-Office basierte Arbeitsstationen einbinden und die einen Notbetrieb auch ohne Netzzugang ermöglichen müssen. Für diese Anforderungen besteht seitens AIO aktuell kein Angebot. Diese spezifischen Anforderungen erfordern deshalb bis auf weiteres den Einsatz von Microsoft basierten PC.

3.11 Zu Frage 13

Der Scalix-Webmailclient erfüllt die Anforderungen bezüglich Funktionalität und Komfort in der Tat nicht, weshalb bis Ende Jahr nach einer Alternative gesucht wird. Bisher wurde allerdings noch nicht entschieden, welches Nachfolgeprodukt zum Einsatz kommen wird. Dieser Entscheidung liegt bis Ende Jahr vor. Eine produktive Einführung ist im 2011 möglich. Zu den Kosten kann noch keine Antwort geliefert werden, weil das Nachfolgeprodukt wie erwähnt noch nicht evaluiert ist.

3.12 Zu Frage 14

Die externen Experten haben Ambassador einem Projektaudit unterzogen. Sie kommen zum Schluss „dass das Projekt aktuell systematisch bearbeitet und die Einführung seitens AIO nun sorgfältig und in Zusammenarbeit mit den Nutzern vorbereitet wird. Mit der geplanten zweistufigen Einführung per Mitte Jahr und per Ende Jahr kann zudem erreicht werden, dass das Vertrauen in das Produkt gesteigert werden kann und dass noch bestehende technische Probleme grundsätzlicher Art bereits vor der schwierigen Einführungsphase per Ende Jahr erkannt und korrigiert werden können. An einer Demonstration konnte das Expertenteam den Projektfortschritt nachvollziehen und sich davon überzeugen lassen, dass die Einführungstermine aus technischer Sicht nicht gefährdet sind. Funktionalität und Performance waren gut. Die Benutzerschnittstelle wurde gegenüber der Anwendung Konsul leicht modifiziert“ (zit. Expertenbericht vom 30.06.2010, S. 17).

Per Mitte Jahr wurde Ambassador für die Oberämter, das Amt für soziale Sicherheit (FFE), das Amt für öffentliche Sicherheit, das Arbeitsinspektorat und die Lebensmittelkontrolle produktiv gesetzt. Gestützt auf diese Fakten hat das Projektteam Ambassador entschieden, am bisherigen Projektplan für die verwaltungsweite Ambassador Migration mit Einführung per Ende Jahr festzuhalten, da derzeit keine Alternative besteht.

3.13 Zu Frage 15

Die Investitionskosten für die Migration Juris für 280 Arbeitsplätze betragen 1,2 Mio. Franken. Davon entfallen Fr. 415'000.-- auf die Hardware, Fr. 254'000.-- auf die Software (VM-Ware, Office, Windows und sonstige Lizenzen) und Fr. 531'000.-- auf das Projektmanagement, externe Unterstützung, Schulung, Einführung und Sonstiges.

Eine spätere Umstellung auf Linux kann bei Verfügbarkeit der LINUX-basierten Version „Jala“ durchaus Sinn machen und wird – in Übereinstimmung mit der bestehenden Informatikstrategie - zum gegebenen Zeitpunkt geprüft.

3.14 Zu Frage 16

Die Aussage von Finanzdirektor Christian Wanner, dass die Kosteneinsparung mit Linux tiefer als erwartet ausfallen, bezieht sich auf die von den Experten geäusserten Empfehlungen, die bestehende IT-Strategie pragmatischer umzusetzen und die Applikationsarchitektur auf eine Dualstrategie auszurichten. Sie empfehlen mit andern Worten „an der bisherigen IT-Strategie festzuhalten und die Basierung auf offenen Systemen als primäre Stossrichtung und dem Einsatz von Linux als strategisches Betriebssystem weiter zu verfolgen“. Sie empfehlen jedoch weiter „zu akzeptieren, dass auf mittlere und längere Sicht neben der OpenSource-Plattform eine Microsoft basierte Plattform sowohl im Office Bereich als auch im Applikationsbereich bestehen bleiben wird“ (zit. Expertenbericht vom 30.06.2010, S. 4). Diese nicht allein auf OpenSource fokussierte Umsetzung der IT-Strategie wird dazu führen, dass bisher bereits angefallene und ausgewiesene Einsparungen durch das Auslaufen der Microsoft-Plattform und den Verzicht auf Nachführen der Office Lizenzen aus den 90-er Jahren nun nicht vollumfänglich realisiert werden können. Welche Zusatzkosten für diese Modernisierung anfallen werden, wird im Rahmen der Konkretisierung der neuen „Dual-Konzepte“ erarbeitet werden; sie sollen mit dem Schlussbericht im Herbst ausgewiesen werden.

3.15 Zu Frage 17

Die Experten empfehlen, die bisher gewählte Ausrichtung auf offene Systeme und Linux nicht zu ändern, sondern nur die bisher gewählte Art und Weise der Umsetzung der Linux-Desktop Strategie zu korrigieren. Gemäss Aussagen der Experten entspricht die Ausrichtung auf eine Öffnung im Bereich des IT-Arbeitsplatzes, wie sie vom Kanton Solothurn angestrebt wird, den allgemeinen Entwicklungstendenzen in der IT-Branche. Eine „Verabschiedung“ von Linux wäre gemäss Aussagen der Experten als Rückschritt einzustufen. Diese Empfehlung erachten wir als fundiert begründet und nachvollziehbar, weshalb eine Strategieänderung nicht in Erwägung gezogen wird.

3.16 Zu Frage 18

Die Experten äussern sich nicht dazu, in welchem Verhältnis Linux oder Microsoft in Zukunft eingesetzt wird. Primär werden OpenSource-Produkte eingesetzt. Für nicht umstellbare Applikationen und in der aktiven Zusammenarbeit mit externen Partnern sollen gezielt Microsoft Produkte zu Verfügung gestellt werden. Wie die Online-Umfrage gezeigt hat (dazu auch Ziffer 3.18 nachfolgend), führen sehr unterschiedliche Gründe dazu, dass die Nutzer zur Zeit die Microsoft-Produkte weiter einsetzen wie z.B. die Mail Problematik, das Fehlen von Ambassador, Probleme mit der Zusammenarbeit mit externen Partnern etc. Deshalb lässt sich das schlussendliche Verhältnis des Einsatzes von Linux und /oder Microsoft noch nicht quantifizieren.

3.17 Zu Frage 19

Bereits heute ist es so, dass auch in umgestellten Dienststellen noch einzelne Microsoft-basierte Fachanwendungen existieren. Neu ist die Akzeptanz der Situation, dass auf mittlere und längere Sicht neben der Linux-Plattform eine Microsoft basierte Plattform sowohl im Office Bereich

wie im Applikationsbereich bestehen bleiben wird. Aus diesem Grund ist im Masterplan eine Massnahme vorgesehen, die unterschiedlichen Plattformen durch eine entsprechende Gestaltung des Systemzugangs im Sinne eines „Portals“ den Nutzer nicht merken zu lassen.

Das Schulungsangebot wird entsprechend der angepassten Umsetzung der IT-Strategie erweitert werden müssen. So ist die Schulung für Microsoft Anwendungen ebenfalls sicherzustellen. Dasselbe gilt für die Befähigung des AIO, den Support für die neuen Office Anwendungen leisten zu können. Die Überprüfung der Organisation des AIO ist bereits seit längerem geplant und wird nun zusätzlich gestützt auf die neuen Erkenntnisse bezüglich fachliche Anforderungen bis Ende des Jahres vorgenommen. Auch die bestehenden Ressourcen werden genau analysiert werden müssen, da nach einer ersten Einschätzung der Experten der Personalbestand im AIO zu knapp dotiert ist.

3.18 Zu Frage 20

Bis Ende Juni 2010 waren 36 Dienststellen auf den Linux-Desktop umgestellt. Bis Ende Jahr sollen 44 Einheiten umgestellt sein.

Die externen Experten haben neben den persönlich durchgeführten Interviews in 9 Dienststellen mit über 1200 Arbeitsplätzen zusätzlich eine Online-Umfrage zur Nutzung der Büroautomations- und -kommunikationssysteme durchgeführt. Die Umfrage hat gezeigt, dass auch in umgestellten Bereichen die Microsoft-Palette weiterhin genutzt wird. Es sind zur Zeit nur kleine Anreize vorhanden, um vollständig auf die OpenOffice Programme zu wechseln. Die Experten kommen in ihrer Analyse zur Umfrage zum Schluss, dass die Einführung von Ambassador, eine bessere Lösung für die Büroautomation (Mail, Archivierung, etc.) und eine neuere Version des OpenOffice die Akzeptanz der neuen Plattform deutlich erhöhen würde. Sie stellen fest, dass die Nutzer der Open Source Strategie grundsätzlich positiv gegenüberstehen, dies jedoch unter dem Vorbehalt, dass die tägliche Arbeit am PC effizient unterstützt und für die Zusammenarbeit mit Dritten kompatibel ist. Gemäss Masterplan für die Umsetzung der Expertenempfehlungen ist deshalb das AIO beauftragt worden, in erster Priorität die Funktionalität und die Bedienbarkeit in den Bereichen Büroautomation und Bürokommunikation zu verbessern.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Departementssekretariat FD
Amt für Informatik
Finanzdepartement
Aktuarin Finanzkommission
Aktuarin GPK
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat